

Deutschland-Jena: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

OJ S 38/2023 22/02/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Jenaer Bäder und Freizeit GmbH

Postanschrift: Rudolstädter Straße 39

Ort: Jena

NUTS-Code: DEG03 Jena, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 07745

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Stadtwerke Jena GmbH

E-Mail: einkauf@stadtwerke-jena.de

Telefon: +49 3641/688-340

Fax: +49 3641/688-345

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.stadtwerke-jena.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.stadtwerke-jena.de/ueber-uns/einkauf-und-ausschreibung/ausschreibungen.html>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.futura-srm.com>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Tochtergesellschaft einer unmittelbar städtischen Gesellschaft

I.5. Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Betrieb von Bädern

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Architektenleistungen - Freizeitbad GalaxSea - energetische Sanierung

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3.

Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Architektenleistungen für die Sanierung des Freizeitbades GalaxSea mit dem Schwerpunkt energetische Sanierung.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 9 298 800,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEG03 Jena, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: Freizeitbad GalaxSea Rudolstädter Straße 37 07745 Jena

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Es sollen Planungsleistungen beauftragt werden, die sich wie folgt gliedern:

Leistungsbild Gebäude und Innenräume §§ 34, 35 HOAI sowie Freianlagen §§ 39, 40 HOAI
Weitere Erklärungen zu den Grundleistungen sowie Besonderen Leistungen sind der Bieterinformation zu entnehmen.

Die Jenaer Bäder und Freizeit GmbH beabsichtigt, die Leistungen stufenweise zu beauftragen. Beauftragt werden zunächst jeweils die Leistungsphasen 1-3.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 18/07/2023 Ende: 18/07/2031

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufenweise Beauftragung, zunächst werden jeweils die Leistungsphasen 1 bis 3 beauftragt, die anderen Leistungsphasen sowie zusätzliche und besondere Leistungen werden ggf. gesondert zu einem späteren Zeitpunkt beauftragt. Es besteht insoweit kein Anspruch auf Beauftragung.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: ja

Projektnummer oder -referenz: EFRE

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Die energetische Sanierung soll im Rahmen der EFRE-Förderung (Förderperiode 2021 - 2027) der "Nachhaltigen Stadtentwicklung und energetische Stadtsanierung" vom Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft im Programmteil Energieeffizienzsteigerung in öffentlichen Gebäuden und Infrastrukturen Kommunen (EGI) erfolgen. Weitere Förderungen werden geprüft.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Teilnahmeanträge von Bewerbern/Bewerbergemeinschaften, welche die nachfolgend genannten Mindestanforderungen an die Eignung nicht erfüllen, werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Juristische Personen sind gemäß § 75 Abs. 3 VgV zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen benennen, der die beschriebene Zulassungsvoraussetzung erfüllt.

Handelt es sich bei dem Bewerber um eine juristische Person, OHG, KG oder Partnerschaftsgesellschaft (auch als Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft), so ist dem Teilnahmeantrag ein aktueller Auszug aus dem Handels- oder Partnerschaftsregister oder vergleichbaren Registers des Herkunftslandes des Bewerbers beizufügen, der nicht älter als 12 Monate sein darf.

Öffentliche Aufträge werden an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben. Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Unternehmensdarstellung als Eigenerklärung (Name, Anschrift, Rechtsform, Büroinhaber bzw. bei juristischen Personen bevollmächtigter Vertreter, Gründungsdatum, Leistungsspektrum, Niederlassungen, Position, Telefonnummer und E-Mail-Adresse).

2. Erklärung nach § 44 VgV Absatz 1 über Eintragung in einem Berufs- und/oder Handelsregister.

3. Eigenerklärung zu zwingenden Ausschlussgründen gem. § 123 GWB, also über das Nichtvorliegen von Verurteilungen im Sinne von § 123 Abs. 1 bis 3 GWB sowie Erklärung zum Nachkommen der Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung.

- Unbedenklichkeitsbescheinigung Finanzamt

- Unbedenklichkeitsbescheinigung Berufsgenossenschaft

- Unbedenklichkeitsbescheinigung Krankenkasse

- Über das beigelegte Formblatt: Zahlung von Mindestlohn

- Über das beigelegte Formblatt: Eigenerklärung Ausschlussgründe nach STGB (§§ 89c, 129, 261, 263, 264, 299, 108e, 333, 334, 335a, 232, 233)

4. Eigenerklärung zu fakultativen Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 und Nr. 8 GWB gemäß beigelegtem Formblatt „Eigenerklärung fakultative Ausschlussgründe“

Ein Bewerber kann sich der Fähigkeit von anderen Unternehmen (hierzu zählen auch freie Mitarbeiter) bedienen, ungeachtet der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Für den Fall der sog. Eignungsleihe gem. § 47 VgV ist eine Verpflichtungserklärung gem. § 47 VgV Absatz 1 des anderen Unternehmens dem Teilnahmeantrag beizufügen.

- Hierzu ist das beigelegte Formblatt 236 zwingend für Nachunternehmer abzugeben.

Zudem hat das andere Unternehmen die vorgenannten Erklärungen abzugeben. Das gilt auch für Nachunternehmer, auf deren Fähigkeiten der Bewerber sich berufen will, und für Bewerbergemeinschaften. Alle Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft müssen also alle vorgenannten Erklärungen abgeben.

- Bei einer Bietergemeinschaft ist zwingend das beige gestellte Formblatt 234 auszufüllen. Die Jenaer Bäder GmbH stellt für die Erklärungen Musterformulare zur Verfügung, insofern diese zuvor als „beige gestellt“ aufgeführt wurden.

Bewerbergemeinschaften haben eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung, in der alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft aufgeführt sind, mit folgendem Inhalt vorzulegen: Die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall wird erklärt. Der für die Durchführung des Vertrages und die rechtsverbindliche Vertretung aller Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigte Vertreter wird benannt. Die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder wird bestätigt. Es wird darauf hingewiesen, dass Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft unzulässig sind und in der Regel zur Nichtberücksichtigung aller betroffenen Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren führen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit ist vom Bieter die Anlage 5, Anhang B aus der Vergabeunterlage auszufüllen.

- Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren über das gestellte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Erklärung über geeignete Referenzen. Siehe Anlage 9, Anhang B aus der Vergabeunterlage

2. Angabe der technischen Fachkräfte und der technischen Stellen gem. § 46 Absatz 3 Nr. 2 VgV, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen.

3. Erklärung gem. § 46 Absatz 3 Nr. 8 VgV, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens in den letzten drei Jahren ersichtlich ist. Hierzu ist die Anlage 9, Anhang B aus der Vergabeunterlage auszufüllen.

4. Angabe gem. § 46 Absatz 3 Nr. 10, welche Teile des Auftrags der Bewerber unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt. Hierzu ist die Anlage 6, Anhang B aus der Vergabeunterlage auszufüllen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Die von dem Auftraggeber an die Eignung der Bewerber gestellten Anforderungen ergeben sich aus der EU-Bekanntmachung.

Bewerber haben folgende Mindestanforderungen zu erfüllen:

1) Bewerber haben eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von 2 Mio. Euro für Personenschäden sowie 1 Mio. Euro für sonstige Schäden und einer Maximierung der Ersatzleistung auf das Dreifache dieser pro Kalenderjahr bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut nachzuweisen. Mit dem Teilnahmeantrag können Bewerber zum Nachweis ihrer Versicherungswürdigkeit auch eine schriftliche Erklärung des Versicherers vorlegen, in der bestätigt wird, im Auftragsfall die ausgeschriebenen Leistungen mit den oben genannten Mindestdeckungssummen zu versichern. Bewerbergemeinschaften haben den Nachweis für die Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

II) Das Architekturbüro hat zwei Referenzen für die Sanierung eines Hallenschwimmbades oder kombinierten Hallen- & Freibades mit einem Gesamtvolumen von mindestens 8 Mio. € netto (KG 200 bis 700) nach dem 01.01.2018 nachzuweisen. Der Leistungsumfang des Bewerbers muss die Leistungsphasen 2 bis 8 umfassen.

Die Leistungsphase 8 muss mindestens begonnen sein.

III) Das Architekturbüro hat eine Referenz für die Sanierung eines vergleichbaren Freizeitbades mit einem Gesamtvolumen von mindestens 8 Mio. € netto (KG 200 bis 700) nachzuweisen, bei der der überwiegende Anteil der Gewerkeausschreibungen (mindestens 80%) in den Jahren 2021 und 2022 erfolgte.

IV) Das Architekturbüro muss mindestens über 10 angestellte Mitarbeiter verfügen.

V) Das Architekturbüro muss einen durchschnittlichen Umsatz der letzten 3 Jahre im Bereich Hallen-, Sport- und Freizeitbäder von mindestens 1 Mio. € netto nachweisen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Teilnahmeberechtigt sind:

1. Natürliche Personen, die freiberuflich tätig sind und entsprechend der Regelungen ihres Heimatstaates berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „Architekt/Ingenieur“ zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt oder Ingenieur tätig zu werden.
2. Juristische Personen, zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Fach-/ Planungsleistungen gehören, sofern einer der Gesellschafter oder der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person und der verantwortliche Projektbearbeiter die an die natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllen.
3. Bewerbergemeinschaften aus natürlichen und/oder juristischen Personen: Bei Bewerbergemeinschaften muss mindestens ein Mitglied die Anforderungen erfüllen, die unter Ziffer 1. genannt werden.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

1. Projektsprache: deutsch
2. Bewerber haben eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von 2,0 Mio. € für Personenschäden sowie 1,0 Mio. € für sonstige Schäden und einer Maximierung der Ersatzleistung auf das Dreifache dieser Versicherungssummen pro Kalenderjahr bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer o. Kreditinstitut nachzuweisen. Mit dem Teilnahmeantrag können Bewerber zum Nachweis ihrer Versicherungswürdigkeit eine schriftliche Erklärung des Versicherers vorlegen, in der bestätigt wird, im Auftragsfall die ausgeschriebenen Leistungen mit den vorgenannten Mindestdeckungssummen zu versichern. Bewerbergemeinschaften haben den Nachweis für die Bewerbergemeinschaft zu erbringen.
3. Anwendung eines internetbasierten Projektmanagementsystems
4. Der Auftraggeber wird vertraglich Vertragsbedingungen entsprechend ThürVgG vorsehen.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 21/03/2023 Ortszeit: 11:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 19/04/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/09/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich in digitaler Form (PDF-Dateien) auf der Vergabepattform einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass Sie für die Abgabe aller notwendigen Erklärungen für den Teilnahmeantrag die bereit gestellten Musterformulare verwenden sollten. Dies erleichtert die Prüfung und stellt sicher, dass der Teilnahmeantrag vollständig ist.

Die Vergabestelle behält sich vor, zur Vorbereitung des Präsentationstermins bei den ausgewählten Bewerbern ergänzende Unterlagen abzufordern.

Die Präsentation und Verhandlungsrunde mit den späteren Bietern ist zum 06.06.2023 geplant.

Fragen zum Teilnahmewettbewerb oder dem Vergabeverfahren sind so rechtzeitig zu stellen, dass der Vergabestelle unter Berücksichtigung interner Abstimmungsprozesse eine Beantwortung spätestens sechs Tage vor Ablauf der Frist zur Einreichung der

Teilnahmeanträge möglich ist. Die Vergabestelle behält sich vor, im Teilnahmewettbewerb nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als sechs Tagen vor Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten.

1. Bewerbergemeinschaften haben eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung, in der alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft aufgeführt sind, mit folgendem Inhalt vorzulegen: Die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall wird erklärt. Der für die Durchführung des Vertrages und die rechtsverbindliche Vertretung aller Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigte Vertreter wird benannt. Die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder wird bestätigt.

2. Es wird darauf hingewiesen, dass Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft unzulässig sind und in der Regel zur Nichtberücksichtigung aller betroffenen Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren führen.

3. Beabsichtigt der Bewerber, im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmer in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so haben der Bewerber und der Unternehmer, dessen Kapazitäten der Bewerber in Anspruch nehmen will, mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung dahingehend vorzulegen, dass sie für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften. Im Übrigen wird auf die Bestimmungen des § 47 VgV verwiesen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Freistaates Thüringen beim Thüringer Landesverwaltungsamt

Postanschrift: Jorge-Semprún-Platz 4

Ort: Weimar

Postleitzahl: 99423

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@tlvwa.thueringen.de

Telefon: +49 361/57332-1254

Fax: +49 361 / 57332-1059

Internet-Adresse: <http://www.thueringen.de/th3/tlvwa/vergabekammer/>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Der AG weist darauf hin, dass ein Nachprüfungsantrag nur zulässig ist, soweit

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt hat, diesen gegenüber des AG innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,
2. der Antragsteller Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der AG gerügt hat,
3. der Antragsteller Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber des AG gerügt hat,
4. der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des AG, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, gestellt wird.

Weiteres ergibt sich aus § 160 GWB.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

17/02/2023